



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/110 - 14. Mai 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-83
Fernschreiber 0886890

Nachwirkungen von Washington	S. 1
Neun Jahre Bürgerkrieg in Kolumbien	S. 3
Pankow, Warschau und Prag	S. 5
Der "Rheinische Merkur" und die Amnestie-Gegner	S. 7
Salzgitter, wiederholt im Saarland	S. 8

Sun gilt es zu handeln !

Die große Stunde der deutschen Politik

S.K. - Es ist verständlich, dass die CDU-Parteileitung seit Montag früh eifrig bemüht bleibt, den durch die Ankündigung zahlreicher europäischer und amerikanischer Zeitungen über die bevorstehende Änderung der amerikanischen Außenpolitik entstandenen Wirbel durch Dementis, Gegenerklärungen und andere Ablenkungsmanöver abzuschwächen. Dies umso mehr, als die Nachrichten aus den USA den zur Zeit in Hamburg stattfindenden CDU-Parteitag völlig durcheinanderzubringen drohten.

Aber entkleidet von allen zweckbestimmten, der Abschwächung dienenden Randbemerkungen, bleibt folgender Tatbestand: Die Deutsche Presseagentur (dpa) meldete am Montag Abend aus Washington "von Außenminister Dulles nächstehender Seite", dass Berichte über ein angebliches Angebot der USA an die Sowjetunion über die Errichtung einer entmilitarisierten Zone in Mitteleuropa "völlig unsinnig" seien. In der gleichen Meldung wird aber von der gleichen Quelle aus mitgeteilt, dass es bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen zur Zeit "um einen Inspektionsplan für Europa und den Fernen Osten" gehe. Für Europa sei ein Gebiet vorgeschlagen, das Deutschland, die Schweiz, Ostholand, Belgien, einen Teil von Ostfrankreich, Norditalien, Österreich, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen, die Hälfte Rumaniens, die skandinavischen Länder und die Sowjetunion westlich der Linie Leningrad-Kiew-Odessa einschliesse.

Was Washington nicht erwähnt

Die Frage, welche politischen Folgen ein solches amerikanisches Verhandlungsangebot an die Russen haben könnte, wird in den letzten Meldungen aus Washington nicht erwähnt. Das war auch kaum zu erwarten, denn die dem "Außenminister Dulles nächstehende Seite" hätte dann auch Präsident Eisenhower "dementieren" müssen, der am Mittwoch vergangener Woche in seiner Pressekonferenz erklärt hatte, er werde jeden angemessenen Vorschlag zur Errichtung einer neutralen Zone

in Europa, die östliche und westliche Gebiete - einschließen müsse, sorgfältig und mit Wohlwollen prüfen. (Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press).

Jetzt deutet man in einem Teil der westdeutschen Presse an, das amerikanische Außenministerium habe einen "Versuchsballon" gestartet, um festzustellen, wie die deutsche Öffentlichkeit auf eine Änderung der bisherigen amerikanischen Außenpolitik reagieren werde. Diese Version der von uns hier nur kurz geschilderten Vorgänge mag den einen oder anderen Politiker im Regierungslager vorübergehend beruhigen; sie ist aber kein Ansatzpunkt für die nächste Beurteilung der Situation.

Es blieb beim Radfordplan - trotz Bonner Dementis

Als vor etwa einem Jahr der Radford-Plan (Zurückziehung der Verteidigungsbasen auf die Peripherie des westlichen Verteidigungssystems) zum ersten Mal in der internationalen Presse erwähnt wurde, hagelte es Dementis von allen Seiten. Besonders in der Bundesrepublik wies man, zum Teil sogar gestützt auf amerikanische Erklärungen, jede Möglichkeit der Änderung der amerikanischen Verteidigungspolitik in Europa mit aller Entschiedenheit zurück. Inzwischen wird der Radford-Plan praktiziert. Sogar Bundesverteidigungsminister Strauß benutzt ihn heute als Grundlage seiner Konzeption, was schon daraus ersichtlich ist, dass er sich vor kurzem selbst nach Nordafrika begab, - also an die Peripherie der westlichen Verteidigung - um dort die Stationierung von atomaren Abschussbasen und möglicherweise auch zukünftige Ausbildungsstätten von Truppen der Bundesrepublik an Ort und Stelle zu studieren...

Der Abzug eines Teiles der britischen Truppen aus Deutschland und die britischen Umrüstungspläne waren längst beschlossene Sache, da dementierte man in Bonn immer noch eifrig jede Möglichkeit einer Veränderung in der "gemeinsamen Verteidigungsplanung". Wir erwähnen diese Beispiele nur, um zu demonstrieren, was unter Umständen von Dementis über bevorstehende Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik gehalten werden muss.

Der Zwang zur Verständigung

Der weitere Verlauf der Abrüstungsverhandlungen in London wird sehr bald zeigen, wie weit die seit langen erwarteten Bemühungen Moskaus und Washingtons um eine Entspannung der internationalen Lage gediehen sind. Seit der Suez-Krise ist es kein Geheimnis, dass Washington und Moskau, trotz Atom- und Wasserstoffbombenversuchen sowie anderen Drohungen, die Plattform für Verhandlungen zur Entspannung zwischen Ost und West nicht verlassen wollen.

Die damit in Zusammenhang stehenden technischen Fragen, wie Luftinspektion, militärisch verdünnte Zone usw., waren schon weitestgehend Gegenstand sachlicher Gespräche. Noch nicht ausdiskutiert, und deshalb noch unklar, ist die Frage des politischen Preises, den

die eine oder die andere Seite für eine Entspannung zu zahlen bereit wäre.

Gerade an diesem Punkt hätte die bundesrepublikanische Aussenpolitik den Hebel ansetzen müssen. Der politische Preis sowohl für Washington wie auch für Moskau für eine Entspannung zwischen Ost und West ist nämlich die Gewissheit, dass weder Teile Deutschlands noch das wiedervereinigte Deutschland die Schlagkraft des einen oder anderen Militärblockes vergrössern. Um diese Gewissheit zu erlangen, könnten Washington und Moskau zwei Wege gehen. Entweder: die Neutralisierung Deutschlands auf der Grundlage seiner Spaltung mit vielleicht kontrollierter Rüstung in beiden Teilen Deutschlands. Oder: die Wiedervereinigung Deutschlands mit vorheriger Bestimmung seines militärischen Status.

Bestätigte Warnungen der Opposition

Nun ist bekanntlich die These der Bundesregierung seit jeher gewesen: Die Bundesrepublik muss ein Teil des westlichen Verteidigungssystems bleiben, um den Osten zu stärken und um dadurch die Russen verhandlungsbereit zu machen. Diese These hat sich als unrealistisch erwiesen, ihre Praktizierung hat die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft, die Unsicherheit in Europa verstärkt und die Russen in keiner Weise verhandlungsbereiter gemacht.

Die Opposition dagegen hat seit Jahren den Tag vorausgesehen, an dem die Politik der Bundesregierung überholt sein wird. Sie hat deshalb - und das muss immer wieder festgestellt werden! - seit Jahr und Tag die Bundesregierung aufgefordert, mit einem eigenen deutschen Plan zur Wiedervereinigung die internationale Diskussion über das Problem der Entspannung zu befruchten. Die Vorschläge der Opposition umfassten und umfassen heute noch die Aufforderung an die Siegermächte des zweiten Weltkrieges, die Entspannung zwischen Ost und West dadurch einzuleiten, dass sie ihre Zustimmung zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschland geben, das die militärische Blockpolitik abbaut.

Die Opposition hat ferner vorgeschlagen, dass dieses europäische Sicherheitssystem auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschland gleichermassen von den USA und der Sowjetunion garantiert und von den Vereinten Nationen als regionales Sicherheitsbündnis anerkannt wird.

Wird Bonn von der Entwicklung überrollt ?

Immer hat die Bundesregierung diesen Vorschlag der Opposition als "Illusion" abgelehnt. Sie hat ihn nicht nur abgelehnt, sondern sich auch geweigert, diese Überlegungen zur Kenntnis zu nehmen und ernsthaft zu diskutieren. Heute muss dieselbe Bundesregierung befürchten, dass sie von der Entwicklung überrollt wird, weil den Grossmächten natürlich auch bewusst ist, dass die Fortsetzung der militärischen Blockpolitik die Gefahr des Ausbruchs eines dritten Weltkrieges mit atomarer Selbsterstörung des Angreifers und Verteidigers in sich birgt.

Die Dinge sind noch in Fluss. Ob in Amerika ein "Versuchsballon" gestartet wurde, ob die neuen amerikanischen Vorstellungen von der internationalen Politik bereits Gestalt angenommen haben, ist nicht entscheidend. Für uns hier in Deutschland ist entscheidend, ob wir jetzt endlich die Kraft aufbringen, einen realistischen deutschen Vorschlag zur Wiedervereinigung und Entspannung in die im Fluss befindliche internationale Diskussion einzubringen; einen Vorschlag, dessen Verwirklichung nach menschlichem Ermessen Ansatzpunkte zur Überwindung einer längst überholten Politik bietet.

Ein neuer Akt in der Tragödie?

Von unserem F.H.-Mitarbeiter für Latein-Amerika

Der bisherige Präsident Kolumbiens, der General Rojas Pinilla, ist zurückgetreten, drei Tage, nachdem ihn eine "Verfassungsgebende Versammlung" erneut zum Präsidenten gewählt hatte. Blutige Unruhen, Striks und Demonstrationen in der Hauptstadt Bogota und der zweitgrößten Stadt Cali haben seinen Rücktritt begleitet. Eine "Militärjunta" hat "freie, verfassungsmässige Wahlen" zugesagt. Ob sie das Versprechen halten wird, oder ob nur der Vorhang über einen neuen Akt der nun fast zehnjährigen blutigen Tragödie Kolumbiens aufgegangen ist, kann erst die Zukunft zeigen.

Seit dem Jahre 1948 tobt in Kolumbien, dem drittgrößten Lande Südamerikas, der Bürgerkrieg. Kein Bürgerkrieg zwischen Kommunisten oder Sozialisten und Bürgerlichen, sondern zwischen Konservativen und Liberalen. Kolumbien galt bis dahin neben Chile als das ruhigste Land Südamerikas. Die katholische Kirche, die dort bis heute Staatsreligion geblieben ist und gegen die evangelische Minderheit einer bis zum Niederbrennen evangelischer Kapellen und Gemeindegäuser gehenden Kampf führt, wies in jenen Zeiten immer mit Stolz darauf hin, dass das Land, in dem der Katholizismus Erziehung und Kultur verwaltete, das friedlichste Lateinamerikas war und dort keine Sozialisten oder Kommunisten aufkamen. Das änderte sich mit der Übernahme der Präsidentschaft durch den Konservativen Laureano Gomez.

Der Wahl vorausgegangen war ein Attentat, das in der ganzen Welt Aufsehen erregte, weil es die gerade in der Hauptstadt des Landes, Bogota, versammelte panamerikanische Konferenz zwang, sich hinter einer Polizeikordon bangend vor einer empörten Volkemenge zu bergen, die ganze Strassenzeilen anzündete und den Konservativen blutige Rache schwor. Mitten in der Hauptstadt, auf der Strasse, war der populärste Führer der Liberalen Partei, Ospina Perez, niedergestochen worden. Perez war die Hoffnung der Plantagenarbeiter, der Erdölbohrer, des liberalen Mittelstandes. Er vertrat die Trennung von Kirche und Staat, befürwortete eine Bodenreform, forderte das Koalitionsrecht für die Arbeiter. Seine Mörder wurden nie gefunden. Aus der rechtlichen Verfolgung der an dem Strassenaufstand Beteiligten wurde ein konservativer Rachefeldzug gegen die liberale Partei. Das Parlament besass eine liberale Mehrheit, doch durch die Verhaftung liberaler Abgeordneter erreichte der Konservative Gomez, dass polizeilich gesteuerte "Volkswahlen" ihn zum Präsidenten machten.

Er schloss das Parlament und liess den liberalen Parlamentspräsidenten militärisch überwachen, um zu verhindern, dass dieser das Parlament nach einem anderen Tagungsort einberief.

Seit Sommer 1950 regierte Gomez als Diktator. Emigration der liberalen Führer, Bandenkämpfe zwischen Liberalen und Militär in den abgelegenen Provinzen, Brandstiftung gegen die Häuser der beiden liberalen Blätter der Hauptstadt und die der geflüchteten Liberalen führten dazu, dass selbst dem Militär die Diktatur Gomez über wurde. Im Juni 1953 setzte der General Rojas Pinilla Gomez ab und machte sich selbst zum Präsidenten.

Mit grossen Hoffnungen begann dieser zweite Akt der Tragödie. Pinilla versprach die Wiedereinführung verfassungsmässiger Zustände, er setzte eine "Verfassungsgebende Versammlung" ein, zu der bekannte Liberale zugelassen wurden. Pinilla erlaubte auch die Bildung von Gewerkschaften, die sich allerdings verpflichten mussten, keine Politik zu treiben. Die "Verfassungsgebende Versammlung" gewährte mit den liberalen Stimmen Pinilla die Präsidentschaft bis zum August 1958. Am 7. August 1958 sollte das Volk einen neuen Präsidenten wählen. Aber fünfzehn Monate vor Ablauf seines Mandats vollführte Pinilla mit seiner konservativen Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung einen - wie er hoffte - unblutigen Staatsstreich. Die Mehrheit hob die Festsetzung des Wahltermins auf und "wählte" Pinilla für weitere vier Jahre zum Präsidenten.

Liberale und Gewerkschaften haben sich gemeinsam gegen diesen neuen Staatsstreich gewandt. Banken, Handelshäuser, Petroleumfelder, auch Teile der Bahnen traten in den Streik, wobei die meisten Banken mit Bewilligung ihrer Inhaber schlossen - und anscheinend auch mit Zustimmung grosser Teil des Offizierkorps der Armee, das Pinilla den Gehorsam verweigerte. Die nächste Zukunft wird lehren, ob der Generalmajor Alfredo Duarte Blum (seine Mutter stammt aus eingewanderten deutschen Kreisen), der als Kommandeur der Armee die Führung der Militärjunta übernommen hat, es mit der Erfüllung der Verfassung und dem Versprechen, die demokratischen Freiheiten wieder zuzulassen, ehrlich meint als sein früherer Chef, der abgesetzte General Rojas Pinilla. Vorläufig haben die Gewerkschaften zum Abbruch der Streiks aufgerufen.

Furchtkomplex als Klammer

H. St. Die Ostberliner Tagung der Parlamentsdelegationen aus Warschau, Prag und Pankow ist zu Ende gegangen, ohne dass es Überraschungen gegeben hat. Auch die erwartete Drohung, Moskau werde seine Satelliten ebenfalls mit Atomwaffen ausrüsten, ist ausgeblieben. Offensichtlich will Moskau mit Rücksicht auf die Londoner Gespräche erst einmal kurztreten oder warten, bis auch im Westen die endgültige Entscheidung gefallen ist.

Die Konferenz hat deutlich gemacht, wie sehr es der antideutsche Komplex im Ostblock ist, mit dessen Hilfe die Sowjets die widerstrebenden Kräfte auf die Moskauer Linie bringen wollen. Nicht umsonst hatte sich das Treffen auf die drei westlichen Anliegerstaaten beschränkt. Hier kommt eine der Absichten deutlich zu Tage.

Moskau führt gegenüber seinen Satelliten vor allem zwei Trümpfe ins Feld, auf deren schreckhafte Wirkung man im Krenl baut: Einen eventuellen deutschen Revisionismus in Osten, wenn die Wiedervereinigung vollzogen würde, und eine Atomausrüstung der Bundesrepublik, mit der es die Wiedervereinigung betreiben wolle. Mit beiden Drohungen versucht Moskau psychologisch das Bein für eine Annäherung engerer Beziehungen zwischen der Westen im allgemeinen, der Bundesrepublik im besonderen und etwa Polen auf der anderen Seite zu stellen. Diese Parolen sollen gleichzeitig die Positionen der nationalkommunistischen Kräfte zurückdrängen und den Völkern die sowjetische Paktpolitik, die Umschreibung des sowjetischen Machtanspruchs, als kleineres Übel erscheinen lassen.

Der Verlauf und das Ergebnis der Ostberliner Konferenz hat aber keine Klarheit gebracht, wie weit das den Sowjets bereits im Fall Polen gelungen ist. Gewiss, Polen ist Mitglied des Warschauer Paktes und die Tatsache, dass die Anregung zu dieser Konferenz von Warschau ausging, zeigt, dass der polnischen Regierung sehr viel daran liegt, die von den Doktrinären um Ulbricht verursachten Schwierigkeiten auszuräumen. Dazu ist die wirtschaftliche Lage zu prekär. Schliesslich braucht man gegenüber Moskau auch den Beweis, dass man trotz der US-Kredite nicht bereit ist, "im kapitalistischen Honig zu ersticken".

Aber trotzdem: Sejm-Marschall Czeslaw Wycech hat in seiner Rede klargemacht, dass trotz des Festhaltens an der sowjetischen aussenpolitischen Linie die politischen Forderungen der nationalkommunistischen

SPD-Pressedienst

P/XII/110

- 6 -

14.5.1957

Kräfte nicht aufgegeben sind. Wysocki stellte deutlich heraus, dass es nach polnischer Meinung Aufgabe des Warschauer Paktes zu sein habe, die Souveränität der Staaten zu sichern. Und auch seine Mahnung, dass die Auflösung der NATO die Warschauer Paktorganisation überflüssig mache, ging wohl über den Rahmen der sowjetischen Diktion hinaus.

Auf der anderen Seite scheint es Moskau gelungen zu sein, die widerstrependen Kräfte des Ostblocks auf eine gemeinsame aussenpolitische Linie zu bringen. In der Haltung gegenüber z.B. der Bundesrepublik gibt es keinerlei Unterschiede. Wenn auch die Frage der Beziehungen zur Bundesrepublik und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen keine Rolle spielte, so haben weder Prag noch Warschau von chauvinistischen Formeln abgesehen. Sowohl die Forderungen des DNE nach der Grenzen von 1939 als auch die Erklärungen Brentanos und Carlo Schmidts werden in einen Topf geworfen.

Für die Zonenpolitiker gab es nur ein deutlich ersichtliches Anliegen, ausser von Prag auch von der Warschauer nationalkommunistischen Regierung eine Erklärung zu bekommen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nur durch Gespräche Bonn mit Pankow möglich sei. Gerade zu dieser Forderung, wie überhaupt zur Frage der Wiedervereinigung, hatte aber der polnische Sprecher in der Grundsatzerklärung geschwiegen. So scheinen trotz der deklarierten Einheit, die in der gemeinsamen Existenzangst sogar begründet erscheint, doch noch weitgehende Meinungsverschiedenheit und Zweifel zu bestehen. Eine aktive deutsche Ostpolitik der Bundesrepublik würde also immerhin eine Reihe von Ansatzpunkten, die zu nutzen wären.

* * *

- 7 -

Unsachliche Behauptungen

W.K. Die Mehrheit der Regierungsparteien hat im Bundestag den Antrag auf Amnestierung der politischen Häftlinge in der Bundesrepublik abgelehnt. SPD und FDP vertraten die Ansicht, eine solche Amnestie mache es wahrscheinlich, dass dadurch auch das schwere Los der zahlreichen politischen Häftlinge in der Sowjetzone bedeutend verbessert werden würde. Demgegenüber wollte die Koalition glauben machen, dass durch eine Freilassung der etwa 40 Kommunisten die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet werden könnte. Kurz vor der entscheidenden Debatte war der Kommunist Angenfort vorfristig entlassen worden. Das ist umso bemerkenswerter, weil man die bisher erfolgten Gnadenakte für einzelne in der Zone als Akte der Willkür bezeichnet hat und immer wieder forderte, dass Pankow eine genau definierte Amnestie für politische Delikte erlassen solle.

Einge Tage nach dem erfolgten Gnadenakt des Herrn Bundespräsidenten für den Kommunisten Angenfort bedauerte der "Rheinische Merkur" diese "Weitherzigkeit". Sie könne nicht zu dem Ziele führen, die 9.000 politischen Häftlinge der Sowjetzone aus ihren Kerker zu befreien. Das ist eine vollkommen ungerechtfertigte Behauptung.

Die Sozialdemokratische Partei hat weder behauptet, dass eine Amnestierung der inhaftierten Kommunisten in der Bundesrepublik, noch viel weniger ein Gnadenakt für Angenfort zu entsprechenden Gegenaktionen der sowjetzonalen Regierung führen müssten. Abgesehen davon, dass eine Anzahl politischer Häftlinge in Einzelaktionen während der letzten Monate aus den sowjetzonalen Kerkern entlassen wurden und werden, hält die SPD eine Gegenaktion der sowjetzonalen Regierung für möglich, wenn in der Bundesrepublik eine umfassende Amnestie für politische Delikte erlassen worden wäre oder erlassen würde. Sie ist der Meinung, dass nichts unverzucht gelassen werden darf, das schwere Los der politisch Inhaftierten in den sowjetzonalen Buchthäusern zu erleichtern. Die SPD wendet sich scharf gegen eine solche unsachliche "Beweisführung", wie sie der "Rheinische Merkur" zur Rechtfertigung der Amnestie-Gegner in den Regierungsparteien machen zu müssen glaubt.

* * *

Schande

sp - Jeden um die innere Erneuerung unseres Volkes bemühten Deutschen, an welcher Stelle er auch immer wirken mag, müssen die sich häufenden Meldungen über die Schändung jüdischer Grabmäler schamrot werden lassen. Im Saarland ist nun die elfte Schändung jüdischer Grabmäler innerhalb von zwei Jahren auf deutschem Boden zu verzeichnen. Dort wurden auf dem jüdischen Friedhof zwischen Tholey und Theley am Wochenende 25 Grabsteine von ihren Sockeln gestürzt. Es fehlt an sprachlichem Ausdrucksvermögen, diese vandalische Tat und ihre Hintermänner so zu kennzeichnen, wie sie es verdienen. Es ehrt den saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Ney, dass er gleich an die Stätte dieses Verbrechens eilte und die sofortige Wiedererrichtung der Grabsteine veranlasste. Die Beauftragung eines Sonderkommandos der Kriminalpolizei mit der Erforschung der Täter ist ebenfalls erfolgt.

Bei früheren Fällen hiess es oft, die Täter seien vermutlich Kinder; es gehört aber doch mehr als die Kraft eines Halbwüchsigen oder Kindes dazu, einen fest verankerten Grabstein umzuwerfen. Die Häufigkeit dieser barbarischen, den deutschen Namen mit Schande bedeckenden Akte lässt auf wohlüberlegte Handlungen schliessen. Sie erinnern uns, wie stark das bössartige Gift des Rassenhasses und des Antisemitismus noch nachwirkt, das selbst vor der Ehrwürdigkeit und Heiligkeit des Todes nicht haltmacht. Man muss solche Fälle, wie die in Salzburg und nun im Saarland sehr ernst nehmen; sie gehen jeden Deutschen an, wobei der Blick auf die Wirkungen solchen Neandertaltums auf das Ausland nicht einmal das Entscheidende ist. Wir haben vor uns selbst zunächst zu bestehen und den überzeugenden Nachweis zu liefern, dass wir wirklich alles tun, um mit dem Schatten einer schmerzlichen Vergangenheit fertig zu werden.

Für diese Verbrecher darf es keine Gnade geben; für sie sind die schärfsten Strafen zulässig. Es wäre nur zu wünschen, dass die staatlichen und polizeilichen Stellen wirklich nichts unversucht lassen, diese Schänder des deutschen Namens zu fassen. Jeder sollte sich dabei zur Mitwirkung aufgerufen fühlen. Solche Taten, die ungesühnt bleiben, schlagen uns alle ins Gesicht.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel